



Burschenschafter in Eisenach

PARTEIEN

Rechte Burschenschaften werben für AfD

Die Alternative für Deutschland (AfD) erfreut sich der Unterstützung mehrerer rechter Burschenschaften. Schon vor der Bundestagswahl warb die Berliner Gothia in sozialen Netzwerken für die Euro-kritische Partei: Die AfD sei eine „wahrhaftige Alternative“. Insbesondere deren Forderung, sich auf die Außenpolitik Bismarcks zurückzubedenken, wurde von der Studentenverbindung begrüßt. Die Gothia hatte zuletzt mit antisemitischen Kommentaren und einer Nazi-Kunst-Ausstellung von sich reden gemacht. Auch die Alte Breslauer Burschenschaft der Raczeks steht in Treue fest zur AfD. Nach dem knappen Scheitern

der Partei an der Fünfprozenthürde vermutete die in Bonn beheimatete, pflichtschlagende Korporation sogar Wahlbetrug: Just als „eine Partei abseits des etablierten Kartells“ fast in den Bundestag eingezogen wäre, habe es „urplötzlich“ Probleme bei der Briefwahl gegeben – „so ein Zufall“, schreibt die Burschenschaft ironisch auf ihrer Facebook-Seite. Auch diese Studentenverbindung fällt immer wieder durch rassistische Provokationen auf. Seit langem fordert sie die Einführung eines „Ariernachweises“ für alle Burschenschafter. Während AfD-Chef Bernd Lucke auf Distanz zu den rechten Verbindungen geht („Beifall von

falscher Seite wollen wir nicht haben“), lässt sein Parteikollege Joachim Starbatty enge Kontakte zu: Mitte Juni hielt der Wissenschaftliche Beirat der AfD einen Vortrag bei den Marburger Rheinfranken. Diese stehen seit Jahren in der Kritik, rechtsradikale Aktivisten als Redner einzuladen. Außerdem weigern sie sich, die „Marburger Erklärung“ zu unterschreiben, mit der man sich zur demokratischen Grundordnung des Staates bekennt. Starbatty räumt ein, sich über die deutschstämmliche Verbindung nicht genauer informiert zu haben. Aber, so sagt er: „An dem Abend war von solchen Strömungen dort nichts zu spüren.“

KOLUMNE

Psalter und Harfe, wacht auf!

Am Mittwoch kamen die Spitzen der deutschen Politik in aller Herrgottsfrühe zu einem ökumenischen Gottesdienst zusammen und huldigten der Großen Koalition aus Vater, Sohn und Heiligem Geist. Anlass war die erste Sitzung des neuen Bundestags, geladen waren alle Abgeordneten. Doch das designierte Regierungsbündnis aus CDU, CSU und SPD blieb weitgehend unter sich, was daran lag, dass viele Linke und Grüne (trotz Kathrin Göring-Eckardt) ein ähnlich distanziertes Verhältnis zum Allmächtigen pflegen wie die sozialdemokratische Basis zur Großen Koalition unter Angela Merkel. Sonst aber waren alle gekommen, CSU-Rechte und SPD-Linke, die größeren wie die kleineren Sünder, Annette Schavan wie Ronald Pofalla. Man kehrte gemeinsam in sich, betete, stellte ungewöhnliche, aber sauber gesungene Forderungen auf („Kommet zuhauf, Psalter und Harfe, wacht auf!“), und weil Angela Merkel ihr Handy ausgeschaltet hatte, bekamen nicht mal die Amerikaner etwas mit.

Nun gibt es aktuell vier Orte, an denen deutsche Politiker ungen gesehen werden: Washington, D.C., der neue Flughafen in Schönefeld, alles mit FDP-Logo im Hintergrund und teure Kirchenbauten. Der Gottesdienst fand in der Berliner St. Hedwigs-Kathedrale statt, einem prächtigen Bau, für dessen Finanzierung im Jahr 1754 eigens eine Lotterie

veranstaltet wurde (schöne Anregung für Bischof Franz-Peter und Klaus Wowereit). Gemeinsam trotzte die Große Koalition auch dieser etwas in Verruf geratenen Kulisse, und so hätte es eine rundum harmonische Einstimmung auf die vier gemeinsamen Jahre werden können – wenn Prälat Martin Dutzmann auf seine Predigt verzichtet hätte. Gott habe das Ende der Welt versprochen, so der Prälat, das bedeute für uns Menschen: „Nicht wir sind es, die für Vollendung sorgen können und müssen. Nicht wir sind es, die die Menschheit retten müssen. Nicht wir sind es, die alles Leid der Welt verhindern oder beseitigen können und müssen. Das zu tun, hat Gott versprochen.“ Plötzlich war die Stimmung im Eimer. Aufgeworfen war nicht weniger als die ewige Frage: Ist der Himmel

schon auf Erden durchsetzbar – eine alte sozialdemokratische Kernforderung (siehe 8,50 Euro Mindestlohn, Frauenquote etc.) – oder sollte man sich wie Angela Merkel der eigenen Unzulänglichkeit bewusst sein und die Schaffung des Paradieses besser dem Fachmann überlassen und auf den Jüngsten Tag verschieben?

Für die Verhandlungen scheint es ratsam, diese heikle Frage genau wie die anderen Konfliktherde (Ehegattensplitting, Adoptionsrecht, Pkw-Maut) vorerst auszuklammern. Gehet hin in Frieden.

Markus Feldenkirchen

Plötzlich war die Stimmung im Eimer.